

## **BI kritisiert in Jahreshauptversammlung Informationspolitik der Lech-Stahlwerke**

Die erste Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative Lech-Schmuttertal am Freitag, 2. November, zeichnete ein deutliches Bild der Situation: die vom Betrieb der Lech-Stahlwerke in Meitingen betroffenen Bürger fühlen einen kleinen Hoffnungsschimmer durch den Probelauf des Filter 4, der aber überschattet wird durch die Ankündigung weiterer Produktionssteigerungen, und der damit verbundenen erhöhten Probleme.

Nach der Begrüssung der Mitglieder durch den 1. Vorstand Siegfried Katheder fasste Schriftführerin Sonja Diller die Arbeit des letzten Jahres zusammen:

Zahlreiche Gespräche mit Kontrollbehörden, der Werksleitung, mit Politikern und Interessierten, sowie viele Anfragen und Beschwerden brachten die Problematik des Betriebs der Lech-Stahlwerke ins Gespräch.

„Zu viel Lärm, Staub, und die ungeklärte Situation zur Erweiterungsplanung sind ganz oben auf unserer Arbeitsliste,“ so Diller. „Aber auch das Ergebnis unserer Anzeige bezüglich der Schwermetall-Ausschwemmungen aus dem Schlacke-Damm der B2 erwarten wir mit Spannung.“ Zur Zeit ermittelt die Staatsanwaltschaft Augsburg und ist auf der Suche nach den Verantwortlichen der Umweltverschmutzung. Immerhin sind bereits Kosten von über 200.000 Euro für Untersuchungen und Schutzmaßnahmen ausgegeben worden.

„Diese soll bitteschön der Verantwortliche, und nicht der Steuerzahler übernehmen,“ unterstrich Diller vor der Versammlung.

Ein weiterer Erfolg der Arbeit der BI sei die Beteiligung der Öffentlichkeit beim Antragsverfahren zur Werkserweiterung. „Zum ersten Mal in der Geschichte des Werkes wird bei einer Produktionsveränderung und Erweiterung die Öffentlichkeit mitreden können. Bisher wurden Kapazitätserhöhungen auf Antrag der Werksleitung immer ohne Beteiligung und Stimmrecht der betroffenen Bürger durchgeführt.

Das wird es in Zukunft nicht mehr geben“, betont Diller.

Erste Einblicke in die tatsächlichen Zukunftsplanungen bekommt die Öffentlichkeit erst im Rahmen der Auslegung der Unterlagen durch die Gemeinde Meitingen. Wann diese stattfinden soll ist unbekannt. Laut Thomas Dahlmann, dem Leiter des Bauamtes der Gemeinde Meitingen, werden die eingereichten Anträge erst vom Gutachter der Gemeinde geprüft, und dann dem Gemeinderat vorgelegt. Erst danach wird die Öffentlichkeit informiert und kann Einwände geltend machen.

„Der Gemeinderat des Marktes Meitingen muss sich seiner Verantwortung gegenüber allen Bürgern klar sein“, so Katheder. „Mit den Planungen, die von diesem Gremium festgelegt werden, muss die Region in Zukunft leben. Das bezieht sich auf den Lärm, der für viele heute schon unerträglich ist. Das bezieht sich aber auch auf die Staubbelastung durch noch grössere Lagerstätten und Bearbeitungsanlagen für Schlacke, auf stark erhöhte Verkehrsbelastung, oder auf das Abholzen eines als unantastbar geltenden Schutzwaldes durch die geplante Süderweiterung des Werkes.“

„Eine wirkliche Katastrophe für die Region wäre die in weiteren Schritten geplante Herstellung von Holzkohle als Energieträger. Die Staub-, Geruchs-, und Lärmbelastung einer solchen, in der Fachwelt sehr kritisch gesehenen Produktionsweise, übersteigt das erträgliche Maß bei weitem,“ so Alois Lichtenstern, Zweiter Vorstand der BI.

Unter dem Tagesordnungspunkt der aktuellen Entwicklungen wird die Versammlung darüber informiert, dass LSW beim Landratsamt Augsburg einen Antrag gestellt hat, die Schlackehalde von heute höchstens 15 um weitere 10 Meter zu erhöhen.

Schon heute gibt es durch die von der Lagerfläche in die Umgebung emittierten Schlackenstäube Probleme, die von der Werksleitung nicht bestritten werden. „In einem Gespräch im August 2007 gab LSW-Sprecher Hans-Dieter Schmidt zu, dass insbesondere die Feinstaub-Problematik Anlass zum Ankauf von Flächen rund um das Werk sei,“ so Alois Lichtenstern.

Es gibt also noch viel zu tun, war der Tenor zum Ende der 1. Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative Lech-Schmuttertal.